



Natur, Bildung und Soziales,  
Bürger informieren Bürger e.V.

[www.nabis.de](http://www.nabis.de)

.....Februar 2009

**Die Sürther Aue, ein Naturschutzgebiet im Kölner Süden  
wird in diesem Moment, in dem Sie diese Zeilen hier lesen,  
für eine Fehlplanung zerstört!  
Seit Dienstag, den 2. Feb. wird gerodet!!!**

**Aufruf zur Demo vor dem Rathaus  
gegen die professionelle Zerstörung von Natur, Demokratie und Vertrauen.  
Am kommenden Dienstag, den 10. Febr. 2009 um 15.00 Uhr**

Der Wille der Bevölkerung in Köln wird in Sürth mit Füßen getreten !  
38.000 Unterschriften gegen den Ausbau des Godorfer Hafens sind für  
illegal erklärt worden!!

Proteste, Mahnwachen und ernsthafte Argumente haben die gewählten Politiker des  
Kölner Stadtrats bisher nicht dazu veranlasst, die Zerstörung der Natur im Kölner  
Süden zu stoppen.

**Mit Gewalt** sind die Bürger und Naturschützer davon abgehalten worden das  
Naturschutzgebiet zu verteidigen!

Die Ratsmehrheit des Kölner Stadtrats und ihre HGK sind Steine im Verstehen,  
Füchse in der Täuschung und Bullen in ihrer Arroganz!  
Doch wie lange noch?

**Der profitorientierte, städtische Konzern HGK AG - der aus der Privatisierung  
des Hafenamtes hervorgegangen ist - verdient Geld mit einer Fehlplanung und  
bekommt 30 Millionen Euro Zuschüsse von der EU für die „Verbesserung der  
Infrastruktur“, indem er das Naturschutzgebiet Sürther Aue abholzt und  
wegbaggert!**

Das Zusammenspiel vom Stadtrat der  
Stadt Köln und der von ihr gegründeten private  
Firma namens HGK AG kennt man sonst nur noch  
von der Mafia her.

Die durch die Politik abgesegnete Fehl-planung  
besteht darin, das Naturschutz-gebiet Sürther Aue  
für einen weiteren Hafenausbau zu zerstören und  
zu einem Hafenbecken mit noch mehr Container-  
stellfläche auszubaggern und auszubauen, als in

absehbarer Zeit je benötigt wird. Es wird durch die  
Ignorierung der tatsäch-lichen wirtschaftlichen  
Verhältnisse eine Überkapazität von Hafенflächen  
mit Steuergelder geschaffen. Denn im Kölner  
Norden gibt es den Niehler Hafen, der 60 % seiner  
Stellflächen mit hafenfremden Nutzungen belegt  
hat. Diese Hafенflächen könnte man - für das in  
dem HGK-Gutachten unterstellte enorme  
wachsenden Transportaufkommen- sogar

kurzfristig – ohne Ausbau des Godorfer Hafens-  
nutzen. Doch die HGK will lieber neu bauen  
lassen und hofft das niemand was merkt..

Es ist genauso wie an der Börse: mit Hilfe von  
hochfliegenden Wachstums- und  
Profiterwartungen werden Luftschlösser und  
überdimensionierten Projekte gebaut, die der  
Steuerzahler letztendlich bezahlen soll.

### **Der Skandal geht weiter!**

Nun ist auch noch bekannt geworden, daß der  
Schlussfolgerung, der Ausbau sei gar nicht nötig,  
aus dem von dem HGK **eigens vorgelegtem**

**Gutachten** stammt!! Dem Planco Gutachten. Der  
KstA hat dankens-werter Weise darüber unter dem  
Titel „Millionen-Ausbau unter falschen Annahmen  
genehmigt“ am 24/25.Januar.09 darüber berichtet.  
Als am vergangenen Montag, den 2.Feb. Herr  
Johannes Waschek, seines Zeichens Vorsitzender  
des Aufsichtsrat von der HGK AG von der  
Bezirksvertretung in Rodenkirchen eingeladen  
war, das Gutachten in der Sitzung mal zu erklären,  
erschien er erst gar nicht!

Und der Stadtrat der mit diesen falschen Zahlen  
nun eine unsinnige, unpopuläre Entscheidung  
getroffen hat, stellt sich tot. Die Ratsmehrheit des  
Kölner Stadtrats müssten ihre Entscheidung, den  
Ausbau des Godorfer Hafens auf Grund einer  
falschen Datenlage zu beschließen, eigentlich  
revidieren. Zumindest müssten sie sich empören.

Auch beim Regierungspräsidenten muss man sich  
wundern? Der Planfeststellungs-beschluss der  
Bezirksregierung, den Ausbau des Godorfer  
Hafens zu genehmigen (von 2006), gründete sich  
auf die gleichen von der HGK angegebenen  
falschen Zahlen! Müsste der Beschluß nicht  
revidiert werden? Zumal die 38.000 Unterschriften  
die die Bürgerinitiativen binnen 3 Monate

(Bürgerbegehren) im letzten Jahr gegen den  
Ausbau des Hafens gesammelt hatten, ja kein  
Pappenstil sind. Der jetzige Oberbürgermeister  
Schramma erklärte seinerzeit das Bürgerbegehren  
schlicht für illegal. Mit der Begründung: Gegen  
das Vorhandensein eines Planfeststellungsbeschlusses  
des Regierungs-präsidenten könne der Bürger kein  
Veto mehr einlegen. Doch gilt das auch für einen  
Beschluß der auf falschen Angaben beruht?

Die Aue wird derweil gerodet, um Fakten zu  
schaffen in diesem korrupten Spiel.

In anderen Bereichen findet man Ähnliche  
Machenschaften gegen die Interessen der  
Bevölkerung durch Ratsmehrheit im Stadtrat,  
Verwaltung und seine geschaffenen Konzerne.  
Erinnert sei nur an die völlig überdimensionierte  
Müllverbrennungsanlage, an den Bau der neuen  
Köln Messe und an den Bau der Nord-Süd U-  
Bahn, inklusive der jetzt anstehenden Fällung der  
Allee am Rheinufer zwischen Schönhauser Str.  
und U-Bier-Ring. (siehe:www.kein-kahlschlag.de)

Der Zeitpunkt ist längst da wo sich viele Bürger  
durch das bestehende (Schein-) Demokratische  
parlamentarisches System nicht mehr vertreten  
fühlen. Man muss zukünftig über ernsthaft  
demokratische Vertretungen der Bevölkerung in  
den einzelnen Stadtteilen nachdenken.

Es rückt auch der Zeitpunkt Näher da  
Profitwirtschaft und Kapitalismus in Frage gestellt  
werden müssen.

Diese Zerstörungs-Geschichte der Sürther Aue  
wird zu einem weiteren Prüfstein der Redlichkeit  
des Kölner Stadtrats und für den Zustand der  
Demokratie..

**Nächste Sitzung des Kölner Stadtrats am kommenden Dienstag, den 10. Febr. 2009 um  
15.00 Uhr. Diesmal mit Demo. Der Stadtrat wird aufgefordert den Rodungsstopp zu  
verfügen! Kommt alle hin!**

Sonntag, 8.2.09 Auenfest an der Mahnwache in der Sürther Aue, ab 20 Uhr  
Vollmondtreffen.

Siehe auch: [www.suerther-aue-retten](http://www.suerther-aue-retten)

Ach übrigens: letztes gab es einen Generalstreik in Frankreich und der Stadtanzeiger hat nichts  
darüber berichtet!!!

Internetseiten: [www.nabis.de](http://www.nabis.de), [www.hintergrund.de](http://www.hintergrund.de)

verantwortlich: Ottmar Lattorf, für NaBiS, Bürger informieren Bürger e.V.